



SICHERHEITS  
KULTUR  
IM WANDEL



Working Paper 13 | 2013

Christopher Daase

# Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm



Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen im Band

*Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr* (2012), herausgegeben von Christopher Daase, Philipp Offermann und Valentin Rauer, Campus, Frankfurt/Main.

Wir danken dem Campus-Verlag für die freundliche Genehmigung zur freien Wieder-Veröffentlichung. Alle Informationen sowie eine Bestellmöglichkeit findet sich unter [[www.campus.de](http://www.campus.de)]

## **Impressum**

Christopher Daase

Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm

Working Paper 13 | 2013

[<http://www.sicherheitskultur.org/WorkingPapers/13-Daase.pdf>]

Herausgegeben vom Projekt

## **Sicherheitskultur im Wandel**

an der Goethe-Universität Frankfurt

Arbeitsbereich Internationale Organisation

Grüneburgweg 1

60323 Frankfurt am Main

[info@securityculture.org](mailto:info@securityculture.org)



# Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm

*Christopher Daase*

Seit einigen Jahren wird in wissenschaftlichen und politischen Kontexten immer häufiger der Begriff der ›Kultur‹ mit dem der ›Sicherheit‹ in Zusammenhang gebracht. Diesem Trend liegt offenbar die Vermutung zugrunde, mit dem Kulturbegriff ließen sich ungleichzeitige Veränderungen von objektiver und subjektiver, nationaler und internationaler, sozialer und militärischer Sicherheit beschreiben und das Verhältnis von sicherheitspolitischen Diskursen und sicherheitspolitischer Praxis analysieren. Noch freilich wird der Begriff der ›Sicherheitskultur‹ so unterschiedlich und unbestimmt verwendet, dass Erkenntnisse aus der einen Disziplin nicht einfach in eine andere übertragen werden können und der politische Sprachgebrauch uneinheitlich bleibt. Kein Wunder, dass Kritiker bereits die Nützlichkeit dieses Konzepts wieder in Frage stellen. Dieser Beitrag – und in der Tat: dieser Sammelband als erster einer Reihe – beabsichtigt demgegenüber, zur weiteren Klärung der Begrifflichkeit beizutragen und Sicherheitskultur als ein interdisziplinäres Forschungsprogramm zu etablieren.

Dabei soll in drei Schritten vorgegangen werden. Zunächst soll der Wandel des Sicherheitsverständnisses skizziert werden, um deutlich zu machen, dass die sicherheitspolitische Forschung auf gesellschaftliche und politische Veränderungen reagiert und die Renaissance des Kulturbegriffs auf den Wandel politischer und sozialer Problemlagen antwortet. Anschließend soll die Entwicklung der Sicherheitsforschung dargestellt und die Rolle des Kulturbegriffs beleuchtet werden. Dabei soll deutlich werden, dass mit Hilfe des Konzepts der Kultur neue Probleme der Sicherheitspolitik erfasst und erforscht werden können und dass ›strategische Kultur‹ und ›Sicherheitskultur‹ je unterschiedliche, wenn auch zusammenhängende Forschungsbereiche umschreiben. Im abschließenden Teil soll anhand von Beispielen gezeigt werden, wie sich ein kulturwissenschaftlicher Ansatz in der Sicherheitsforschung umsetzen lässt und zu welchen Erkenntnissen er beitragen kann.

## Der Wandel des Sicherheitsverständnisses

Der Befund, dass sich das Verständnis von Sicherheit in den letzten fünfzig Jahren grundlegend gewandelt hat und sich die Anforderungen an die Sicherheitspolitik dadurch dramatisch verändert haben, dürfte unstrittig sein. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, diesen Wandel zu beschreiben. Man kann begriffshistorisch in die Geschichte zurückgehen, das Verhältnis der Urbegriffe *securus* und *certus* durch die Zivilisationen verfolgen und den konzeptionellen Wandel epochengeschichtlich fassen (Conze 1984; Schrimm-Heins 1990; Wæver 2008; Daase 2010a; Zwierlein 2012); man kann die Entstehung der Unterscheidung von innerer und äußerer Sicherheit im Zuge der Staatenbildung und die tendenzielle Aufhebung dieser Unterscheidung heutzutage thematisieren (Härter 2003; Gusy 2004; Werker 2010); man kann eine lange Liste immer neuer Gefahren und Herausforderungen erstellen, welche die Sicherheit des Staates, der Gesellschaft oder der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen (Bundesakademie 2001; Deibel 2005). Für den Zweck dieses Beitrags soll nur auf drei Entwicklungen hingewiesen werden: die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, die Überforderung staatlicher Sicherheitspolitik und die Legitimationskrise gouvernementaler und intergouvernementaler Sicherheitsinstitutionen.

### Erweiterung des Sicherheitsbegriffs

Wenn man sich einmal nur auf den Sicherheitsbegriff konzentriert (und nicht auch auf verwandte Begriffe blickt) und sich auf die letzten fünfzig Jahre beschränkt, dann kann man zeigen, wie sich die Bedeutung von ›Sicherheit‹ sukzessive erweitert hat. Heute werden viel mehr Probleme als sicherheitsrelevant – und damit als Themen der Sicherheitspolitik – angesehen als früher. An anderer Stelle ist diese Erweiterung ausführlicher dargestellt worden (Daase 2010b; vgl. bereits Daase 1991). Hier sollen nur die vier Dimensionen in Erinnerung gerufen werden, anhand derer sich der Wandel systematisieren lässt. Die erste Dimension betrifft das Referenzobjekt, also die Frage, wessen Sicherheit gewährleistet werden soll. Die zweite Dimension ist die Sachdimension, also die Frage, in welchem Problembereich der Politik Sicherheitsgefahren festgestellt werden. Die dritte Dimension betrifft die Raumdimension, das heißt die Frage, für welches geographische Gebiet Sicherheit angestrebt wird. Die vierte Dimension ist schließlich die Gefah-

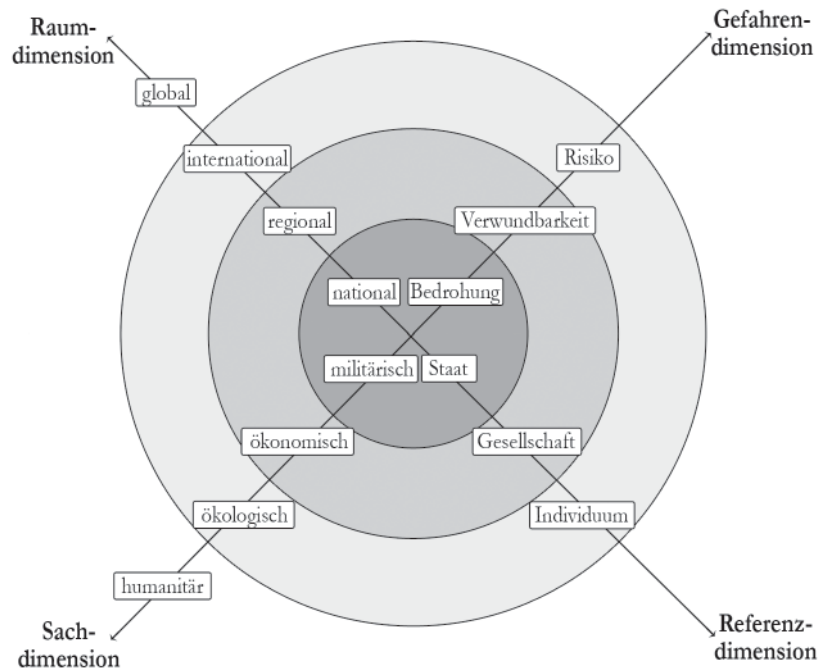


Abbildung 1: Dimensionen der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs  
(Quelle: eigene Darstellung)

rendimension, also die Frage, wie das Problem konzeptualisiert wird, auf das Sicherheitspolitik antworten soll. Abbildung 1 stellt die Dimensionen des erweiterten Sicherheitsbegriffs graphisch dar.

Hinsichtlich der Referenzdimension hat sich der Sicherheitsbegriff insofern gewandelt, als nicht mehr nur der Staat, sondern zunächst die Gesellschaft und schließlich das Individuum in den Blick sicherheitspolitischer Überlegungen geraten sind (Wæver 1993; Axworthy 1997). Heute wird ganz selbstverständlich von »menschlicher Sicherheit« gesprochen, die das Ziel nationaler und internationaler Sicherheitspolitik sein müsse (Stein-Kämpfe 2008). Auch im Hinblick auf den geographischen Bezug des Sicherheitsdenkens hat ein Wandel stattgefunden. Nicht mehr nur die eigene nationale, sondern zunächst die regionale, dann die internationale und schließlich die globale Sicherheit wurden thematisiert (Stockholm Initiative 1991). Heute ist es fast unmöglich, Sicherheitsinteressen zu formulieren, ohne ihre globa-

len Auswirkungen zu thematisieren. Damit korrespondiert der Wandel der Sachdimension. Längst ist es nicht mehr nur der militärische Bereich, sondern seit den 1970er Jahren der ökonomische, seit den 1980er Jahren der ökologische und inzwischen auch der humanitäre Bereich, der unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit diskutiert wird (Renner 1989; Allenby 2000). Der Wandel der vierten Dimension, der Gefahrendimension, ist vermutlich der folgenreichste. Hier wird entschieden, wie die Gefahr konzeptualisiert wird, vor der Sicherheitspolitik schützen soll. Der Wandel, der sich hier nachweisen lässt, ist die Verschiebung von konkreten Bedrohungen im Rahmen des Kalten Krieges über Verwundbarkeiten hin zu potentiellen Risiken, deren Reduzierung erwartet wird (Daase 2002; Beck 2007).

#### Überforderung der Sicherheitspolitik

Der erweiterte Sicherheitsbegriff verändert die Anforderungen an die Politik. Denn wenn, erstens, nicht nur vor konkreten Bedrohungen, sondern vor potentiellen Risiken geschützt werden soll, muss die Sicherheitspolitik viel früher aktiv werden und ›proaktive‹ Maßnahmen ergreifen, um Sicherheit zu gewährleisten. Das erfordert, Entscheidungen unter einem höheren Maß an Ungewissheit zu treffen und auch in solchen Situationen präventiv einzugreifen (und entsprechende finanzielle Mittel aufzuwenden), in denen sich das Risiko möglicherweise nie zu einer manifesten Bedrohung ausgewachsen hätte (Daase/Kessler 2007). In dem Maße, in dem die Politik dabei die Illusion absoluter Sicherheit aufrecht erhält, setzt sie selber einen Standard, den sie nicht eingehalten kann: Jeder Krieg in der Welt ist das Scheitern präventiver Konfliktkontrolle, jeder Terroranschlag das Scheitern von Sicherheitsvorkehrungen, jede Hungersnot das Scheitern internationaler Lebensmittelhilfe.

Wenn in diesem Sinne, zweitens, Sicherheit nicht nur im eigenen Land und für die eigene Bevölkerung hergestellt werden soll, sondern eine globale Verantwortung angenommen wird, ist tendenziell jede internationale Krise sicherheitsrelevant und erfordert weltweites Engagement. Die kosmopolitischen Theorien, die zumindest implizit diesem Sicherheitsverständnis zugrunde liegen, gehen nicht nur von einem Vorrang des Individuums vor dem Staat aus, sondern begründen auch die Pflicht zur globalen Hilfeleistung (Pogge 2001; Wheeler 2000). Somit verstärken sich durch den erweiterten Sicherheitsbegriff politischer Druck und moralische Verpflichtung, in inter-

nationalen Krisensituationen zu intervenieren – wenn nicht militärisch, so doch zumindest politisch.

Wenn also, drittens, Sicherheit nicht nur militärisch, sondern auch in anderen Politikbereichen hergestellt werden soll, muss Sicherheitspolitik zunehmend komplexe Aufgaben bewältigen. In dem Maße allerdings, in dem zum Beispiel in Friedensmissionen zivile und militärische, ökonomische und juristische Maßnahmen integriert werden müssen, entstehen Kooperationsprobleme zwischen unterschiedlichen staatlichen und internationalen Institutionen, welche die Effektivität und Effizienz komplexer Sicherheitspolitik beeinträchtigen. Die zunehmende Integration von Nichtregierungsorganisationen in humanitären Missionen verstärkt diese Probleme zusätzlich, die auch durch Konzepte zivil-militärischer Kooperation (CIMIC) bislang nicht behoben werden konnten (Williams 1998).

Wenn schließlich, viertens, nicht mehr nur der Staat, sondern alle gesellschaftlichen Beziehungen und schließlich das individuelle Leben unter dem Sicherheitsaspekt thematisiert werden, dann wird der Sicherheitspolitik eine Allzuständigkeit zugeschrieben, die sie tendenziell überfordert. Die Strategie, immer neuen Problemen durch eine Verbindung zum Sicherheitsbegriff politische Aufmerksamkeit und die Möglichkeit zu außerordentlichen Maßnahmen zu verschaffen – eine Strategie, die Ole Wæver »Versicherheitlichung« nennt (Wæver 1995) – macht es zunehmend schwierig, sicherheitspolitische Prioritäten zu setzen. Sie verschafft dem Staat und internationalen Organisationen immer weiter gehende Interventionsrechte, setzt sie aber gleichzeitig unter einen Erfolgsdruck, dem sie langfristig kaum standhalten können. So entsteht der gegenwärtig eklatante Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnis und der Fähigkeit staatlicher, internationaler und transnationaler Akteure, dieses Bedürfnis zu befriedigen.

#### Legitimationskrise gouvernementaler und intergouvernementaler Sicherheitsinstitutionen

Das Auseinanderfallen von sicherheitspolitischen Anforderungen und institutionellen Fähigkeiten führt zu einer schleichenden Legitimationskrise gouvernementaler und intergouvernementaler Sicherheitsinstitutionen. Unstimmigkeiten über sicherheitspolitische Prioritäten, Konflikte über Strategien und Strukturen, Forderungen nach institutionellen Reformen und Veränderungen der Politik lassen immer mehr Zweifel aufkommen, dass das

ambitionierte Programm umfassender Sicherheit national und international eingelöst werden könnte. Wenn der Staat über Wochen nicht in der Lage ist oder zu sein scheint, die öffentliche Sicherheit z.B. als Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger vor EHEC sicherzustellen, geraten nicht nur die beteiligten Institutionen in die Kritik, sondern wird das politische System selbst, in diesem Fall der bundesdeutsche Föderalismus, infrage gestellt. Wenn die UNO nicht in der Lage ist, einen sich anbahnenden Völkermord, sei es in Ruanda oder in Dafur, zu verhindern, wird ihr Versagen bescheinigt und die Veränderung des Völkerrechts gefordert, um nationale humanitäre Interventionen zuzulassen. Wenn ein Terroranschlag stattfindet, wird die Verantwortung nicht nur bei den Terroristen gesucht, sondern auch bei den Sicherheitsinstitutionen, die ihn hätten verhindern müssen.

Zum Teil ist das Unvermögen gouvernementaler und intergouvernementaler Sicherheitsinstitutionen, auf die gewandelten sicherheitspolitischen Anforderungen zu reagieren, dem Umstand geschuldet, dass ihre Strukturen für die neuen Aufgaben nicht ausgelegt sind. Eine Armee wie die Bundeswehr, die Jahrzehnte auf die Landesverteidigung konzentriert war, kann nicht über Nacht in eine Interventionsarmee mit umfangreichen Fähigkeiten zur Aufstandsbekämpfung verwandelt werden. Ein Sicherheitsapparat, der verfassungsrechtlich an die Unterscheidung von äußerer und innerer, nationaler und internationaler Sicherheit gebunden ist, hat Mühe, sich den komplexen Aufgaben internationaler Terrorismusbekämpfung zu stellen. Internationale Organisationen, die eine immer umfangreichere sicherheitspolitische Agenda propagieren, ohne dass ihre finanziellen Mittel und operativen Fähigkeiten im gleichen Maße steigen, bleiben hinter den selbst gesteckten Erwartungen zurück und verlieren an Glaubwürdigkeit.

Der Umbau nationaler und internationaler Sicherheitsinstitutionen angesichts eines gewandelten Sicherheitsverständnisses ist eine der zentralen Reformvorhaben der nächsten zehn bis zwanzig Jahre. Dabei müssen alle Ebenen des politischen Systems einbezogen und dafür Sorge getragen werden, dass durch die vermeintliche Erhöhung von Effektivität und Effizienz nicht die demokratischen Kontrollfunktionen von Legislative und Judikative auf nationaler und die ohnehin eher rudimentären Kontrollmechanismen auf internationaler Ebene unterminiert werden. Sonst könnte der Gewinn an Output-Legitimität durch erfolgreiches Sicherheitsmanagement durch den Verlust an Input-Legitimität wieder zunichte gemacht werden.



## Die Wiederkehr der Kultur in der Sicherheitsforschung

In welchem Zusammenhang steht diese zeitdiagnostische Skizze mit dem Konzept der Sicherheitskultur? Ein kulturwissenschaftlicher Ansatz, so soll gezeigt werden, kann besser als herkömmliche sicherheitspolitische Ansätze die dargestellten gesellschaftlichen Veränderungen, politischen Herausforderungen und institutionellen Krisen erklären. Dabei soll zwar an konstruktivistische Entwicklungen angeschlossen, aber mit einem spezifischen Kulturbegriff eine breitere interdisziplinäre Perspektive auf die Sicherheitspolitik vorgeschlagen werden. Um zu zeigen wie dies möglich ist, soll die Entwicklung der sicherheitspolitischen Forschung skizziert, die Wiederkehr des Kulturbegriffs durch den Konstruktivismus dargestellt und das hier vorgeschlagene spezifische Verständnis von Sicherheitskultur erläutert werden.

### Entwicklung der Sicherheitsforschung

Bis in die Mitte der 1990er Jahre spielte der Kulturbegriff in der sicherheitspolitischen Forschung keine Rolle. Das liegt daran, dass Sicherheit als das natürliche Urbedürfnis jedes Staates definiert und damit aus der Varianz und Wandelbarkeit des Kulturellen ausgeschlossen wurde. Die Theoretiker der Realistischen Schule hatten das Sicherheitsdilemma, nach dem die Sicherheit des einen Staates die Unsicherheit des anderen bedeutet, zum natürlichen Motor der internationalen Politik erklärt und gleichermaßen Krieg und Kooperation, Bündnisse und Allianzen auf das Schutzbedürfnis von Staaten zurückgeführt (Herz 1950; Waltz 1979): Da es im internationalen System kein Gewaltmonopol gebe, das Frieden und Sicherheit gewährleisten könne, sei jeder Staat unabhängig von seinen eigenen Intentionen und der Form seines Regierungssystems gezwungen, nach den ehernen Gesetzen der internationalen Politik zu handeln und die eigenen Fähigkeiten zur nationalen Existenzsicherung zu maximieren. Unterscheiden, so die Realisten, ließen sich allenfalls die Sicherheitsbedürfnisse kleiner Staaten und Großmächte. Während kleinen und mittleren Mächten die Alternative bliebe, sich der Hegemonialmacht anzuschließen (*bandwagoning*) oder zum Aufbau einer Gegenmacht beizutragen (*balancing*) (vgl. Walt 1987), seien Großmächte ge-

zwungen, eine expansive Politik zu betreiben, um ihren Großmachtsanspruch dauerhaft aufrecht zu erhalten (Mandelbaum 1988).

Eine wissenschaftliche Differenzierung staatlicher Sicherheitsbedürfnisse wurde erst möglich, als zum einen institutionalistische Ansätze auf die unterschiedlich starke Verwundbarkeit von Staaten hinwiesen (vgl. Keohane/Nye 1977) und zum anderen liberale Ansätze betonten, dass vor allem innenpolitische Determinanten das sicherheitspolitische Verhalten von Staaten beeinflussen (Risse-Kappen 1991). Aber auch das liberale Forschungsprogramm kam ohne den Begriff der Kultur aus, weil es die Varianz sicherheitspolitischen Verhaltens vor allem auf institutionelle Variablen der Innenpolitik wie Regierungsform, Entscheidungsprozesse und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der politischen Willensbildung zurückführte.

Erst die »konstruktivistische Wende« (Checkel 1998) führte dazu, dass der Kulturbegriff systematisch in die Analyse internationaler Beziehungen eingeführt (vgl. Lapid/Kratochwil 1997) und zur Erklärung von Sicherheitspolitik herangezogen wurde (vgl. Katzenstein 1996). Gemeinsam ist konstruktivistischen Ansätzen, dass sie sich mehr oder weniger radikal von einem substantiellen Sicherheitsbegriff verabschieden. Was Sicherheit ist oder nicht ist, kann wissenschaftlich nicht begründet, bewiesen oder definiert werden. Sicherheit sei ein *politischer* Begriff, der kulturell umstritten bleibe und als soziale Konstruktion seine politische Wirkung entfalte. Das heißt auch, dass sich mit dem Wandel der Gesellschaft das Verständnis von Sicherheit wandelt und umgekehrt, dass ein gewandelter Umgang mit Sicherheitsproblemen Auswirkungen auf die Gesellschaft hat.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Es gibt unterschiedliche Ausprägungen dieses konstruktivistischen Grundverständnisses, etwa die so genannte Waliser Schule, die versucht, ein gesellschaftskritisches Forschungsprogramm zu entwickeln und dezidiert normativ für die Überwindung einer staatszentrierten Sicherheitspolitik (Booth 2005), für die Entwicklung einer Norm humanitärer Intervention (Wheeler 2000) und ein kosmopolitisches Solidaritätsverständnis (Linklater 1998) eintritt. Daneben gibt es die so genannte Pariser Schule, die im Anschluss an Foucault und Bourdieu die Alltagspraktiken insbesondere von Sicherheitsexperten unter die Lupe nimmt und zeigt, wie durch sicherheitspolitische Herrschaftspraktiken politische und gesellschaftliche Strukturen reproduziert werden (Bigo 2007). Und es gibt als vielleicht einflussreichste neuere Strömung die so genannte Kopenhagener Schule, die Sicherheit als Sprechakt auffasst. Ein Problem, so argumentiert Ole Wæver, wird erst dann zu einem Sicherheitsproblem, wenn es »versicherheitlicht« wird, d.h. wenn es erfolgreich im Diskursfeld der Sicherheitspolitik etabliert wird. Voraussetzung ist, dass es Akteure gibt, die ein Interesse daran haben, dass bestimmte Probleme zu Sicherheitsproblemen werden und sie »versicherheitlichen«, so dass »außerordentliche Maßnahmen« zu ihrer Bewältigung ergriffen werden können (Wæver 1995).

Dabei blieb die Begriffsbestimmung von ›Kultur‹ zunächst relativ vage. »[C]ulture refers both to a set of evaluative standards, such as norms or values, and to cognitive standards, such as rules or models defining what entities and actors exist in a system and how they operate and interrelate« (Jepperson et al. 1996: 56). Dieser Kulturbegriff blieb weitgehend auf Nationalstaaten und damit auf nationale Kulturen bezogen. Unter Rückgriff auf Konzepte der ›Organisationskultur‹ und der ›politischen Kultur‹ konnten so z.B. Besonderheiten der französischen Militärpolitik (Kier 1996) oder des chinesischen Großmachtverhaltens (Johnston 1998) kausal erklärt werden. In der gleichen Tradition stehen auch jüngere Versuche, nationale Sicherheitskulturen zu unterscheiden:

»National security cultures provide the lens through which national authorities re-fract the structural positions of the state in the international system; it explains the subjective understanding of objective threats to national security, the instruments relied upon to meet those threats, and the preferences for unilateral or multilateral action« (Sperling 2010: 11).

Ziel dieses Ansatzes ist es, mit unterschiedlichen nationalen Sicherheitskulturen Kooperation und Konflikte in der globalen Sicherheitspolitik (bzw. *security governance*) zu erklären: »National security cultures produce preferences for specific forms of security governance systems that, in turn, facilitate or inhibit international cooperation« (Sperling 2010: 13).

Gleichzeitig rekurriert das konstruktivistische Forschungsprogramm allerdings auf einen Kulturbegriff, der nicht von nationalen Kulturen ausgeht, sondern sich am Weltkultur-Begriff der so genannten Stanford-Schule um John Meyer anlehnt. Meyer definiert Kultur »less [as] a set of values and norms, and more a set of models defining the nature, purpose, resources, technologies, controls, and sovereignty of the proper nation state« (Meyer 1999: 123). Hier dient der Kulturbegriff also nicht der Erfassung des Besonderen von Nationalstaaten, sondern der Beobachtung weltweit gültiger, rationaler Modellvorstellungen, auf die sich nationale Sicherheitsvorstellungen stützten. So gesehen lassen sich nationale Interessen, Sicherheitsbedürfnisse und sicherheitspolitisches Handeln zu einem erheblichen Teil auf die im Sinne einer Welt-Kultur verstandenen normativen Strukturen des internationalen Systems zurückführen (Finnemore 1996: 19).

Während also die Divergenz staatlicher Sicherheitspolitik mit der Vielfalt nationaler Kulturen erklärt wird, wird die Konvergenz sicherheitspolitischen Verhaltens auf die Einheit der Welt-Kultur zurückgeführt. Deutlich wird daran, dass nach wie vor der Staat Dreh- und Angelpunkt des Kulturver-

ständnisses in der konstruktivistischen sicherheitspolitischen Forschung ist: zum einen als Träger von Kultur, zum anderen als Empfänger von Kultur (vgl. allerdings Boli/Thomas 1998). Deutlich wird aber auch, dass die Frage, wie sich Kultur wandelt, eine untergeordnete Rolle spielt, weil in beiden Fällen Kultur als relativ statische unabhängige Variable dient, die sicherheitspolitisches Verhalten erklären soll. Insbesondere in Bezug auf die Welt-Kultur ist dies bedauerlich, weil ein Großteil der Forschung der letzten Jahre sich auf den Wandel internationaler Normen konzentriert hat, dieser aber nur selten als kultureller Wandel konzeptualisiert wird. Die Entwicklung der Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft (*responsibility to protect*) ließe sich zum Beispiel vermutlich genauer als kultureller denn als normativer Wandel beschreiben, weil mit der ersten Konzeptualisierung nicht nur die abstrakte Norm, sondern auch die konkrete Praxis politischen Handelns erfasst werden könnte (Junk 2011). Insofern könnte mit dem Kulturbegriff ein umfassenderes Bild vom gegenwärtigen Wandel der Sicherheitspolitik gezeichnet werden.

#### Begriff der Sicherheitskultur

Die Wiederkehr des Kulturbegriffs durch den Konstruktivismus hat zu unterschiedlichen Begriffskombinationen geführt, die zum Teil auf ältere Konzepte der »politischen Kultur« zurückgriffen. Der Begriff der Sicherheitskultur stammt allerdings aus der politischen Praxis. Ursprünglich geht er auf eine Expertengruppe zurück, die im Auftrag der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) 1986 den Reaktorunfall von Tschernobyl untersuchte (IAEA 1986). Im Anschluss daran wurden in der technischen Sicherheitsforschung die institutionellen Grundlagen des Sicherheitsmanagements und das Sicherheitsbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Organisationen und Betrieben als »Sicherheitskultur« bezeichnet (Büttner/Fahlbruch/Wilpert 2000). Von hier verbreitete sich der Begriff sprunghaft im politischen Diskurs (Rauer 2011) und in der Wissenschaft (Conze 2005; Gariup 2009; Gusy 2010; Daase 2010b).

In der politikwissenschaftlichen Forschung hatte sich allerdings schon in den 1970er Jahren der Begriff »strategische Kultur« etabliert, um die politischen Überzeugungen, Ansichten und Verhaltensmuster nationaler Eliten im Hinblick auf militärische Sicherheitsbelange zu erfassen (Snyder 1973; Johnston 1995). Die Kontroverse, die sich in diesem Zusammenhang entwi-

ckelte, betraf insbesondere die Frage, ob Kultur einen »erklärenden« Charakter habe und sich folglich als »unabhängige Variable« operationalisieren lasse oder nur als Kontext zu verstehen sei, in den Sicherheitspolitik eingebettet ist (vgl. Johnston 1998; Gray 1999; Poore 2003). Beide Positionen haben etwas für sich, und man könnte argumentieren, dass der Charme des Kulturbegriffs (und freilich auch seine Problematik) gerade darin liegt, dass er sowohl als »tiefer Kontext« zum »Verstehen« sicherheitspolitischer Konstellationen beitragen, als auch als Variable zum Zweck der »Erklärung« politischen Verhaltens herangezogen werden kann.

Wenn das so ist, fragt sich allerdings, wofür neben dem Begriff der »strategischen Kultur« noch der Begriff der Sicherheitskultur benötigt wird. David Haglund hat in diesem Sinne vor Kurzem argumentiert, der Begriff der Sicherheitskultur sei nicht nur überflüssig, sondern irreführend, denn »there is not much of a distinction worth making between security culture and strategic culture, for the latter category contains enough suggestive elements to satisfy the intellectual curiosity of those who would seek to link culture with [...] security policies and outcomes« (Haglund 2011: 511). Abgesehen davon, dass Haglund sich mit dem Begriff »Sicherheitskultur« gar nicht auseinandersetzt, verwechselt er die Neugierde des Wissenschaftlers mit dem Erfindungsreichtum der Gesellschaft. Zwar kann man, wie Haglund vorschlägt, die Begriffe »Strategie« und »strategisch« so breit definieren, dass jedes zweckrationale Handeln, auch sicherheitspolitisches, darunter fällt. Den sozialen und politischen Wandel, der mit dem veränderten Sicherheitsverständnis, wie ich es oben skizziert habe, einhergeht, bekommt man so allerdings nicht in den Griff. Während sich strategische Kultur sinnvoller Weise auf den klassischen Bereich militärgestützter Sicherheitspolitik bezieht, bezieht sich Sicherheitskultur auf ein sehr viel breiteres Aktionsfeld von Staaten, Gesellschaften und Individuen: nicht, weil es der Wissenschaft so gefällt, sondern weil die soziale Bedeutung von Sicherheit sich gewandelt hat. Die Konjunktur des Begriffs und die Differenzierung von strategischer und Sicherheitskultur zeigen ja gerade, dass sich das Sicherheitsverständnis vom militärischen Denken emanzipiert hat. Das Beharren auf dem Einheitskonzept »strategische Kultur« würde diesen Wandel verschleiern und Sicherheit künstlich auf seine orthodoxe Bedeutung festlegen.

## Kultur und Sicherheit

Schwerer wiegt der häufig erhobene Einwand, der Kulturbegriff sei generell zu unspezifisch, als dass er in wissenschaftlichen Theorien überhaupt eine Rolle spielen könnte. Tatsächlich ist kaum ein Begriff in den Sozial- und Geisteswissenschaften so heftiger Kritik ausgesetzt wie der Begriff der ›Kultur‹. Der Grund dafür liegt in der oft oberflächlichen Konzeptualisierung und im häufig maßlosen Anspruch von Kulturtheorien, all die Dinge zu erklären, die andere Theorien nicht erklären können. Wenn man den Anspruch in dieser Weise formuliert, dann ist es in der Tat leicht, Kultur als Residualkategorie zu kritisieren und Tautologieverdacht anzumelden. Dies ist offenbar auch der Grund, warum der Kulturbegriff in konstruktivistischen Analysen internationaler Politik nach einem kurzen Boom Ende der 1990er Jahre wieder verschwunden ist und Begrifflichkeiten Platz gemacht hat, die sich präziser fassen und leichter operationalisieren lassen. Allerdings wurde damit voreilig ein Konzept ad acta gelegt, dessen innovatives Potenzial noch gar nicht voll ausgeschöpft worden war.

Mit dem hier vorgeschlagenen kulturwissenschaftlichen Ansatz zur Erforschung von Sicherheitspolitik soll demgegenüber nicht einfach eine weitere Variable in die sicherheitspolitische Forschung eingeführt, sondern eine andere Perspektive gewählt werden, um den Wandel von Sicherheitspolitik aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven verständlich zu machen. Zu diesem Zweck ist es wichtig, ein Kulturmodell zu verwenden, das sich von den vorherrschenden Modellen, die auch in der konstruktivistischen Sicherheitsforschung verwendet werden, absetzt: Einerseits vom homogenisierenden Kulturmodell, das der Anthropologie entliehen ist und der konstruktivistischen Forschung nationaler Sicherheitskulturen (bzw. Unsicherheitskulturen, vgl. Weldes et al. 1999) zugrunde liegt. In diesem Modell wird Kultur als die Sphäre geteilter Normen und Werte betrachtet, beziehungsweise als kollektives Symbolsystem, das die Identität eines nationalen Kollektivs konstituiert und von anderen Kulturen abgesetzt wird (Sperling 2010). Die Hypostasierung nationaler Kulturen unterschlägt aber häufig die interne Umstrittenheit kultureller Codes und läuft andererseits Gefahr, den Konflikt zwischen den Kulturen als natürlich und unumgänglich zu überhöhen (vgl. klassisch Huntington 1993). Auf der anderen Seite wäre allerdings auch das Modell einer Welt-Kultur zu hinterfragen, das ebenfalls homogene Interpretations- und Handlungsstrukturen annimmt und sie als mehr oder weniger bewusste Regelsysteme konzeptualisiert, von denen al-

lerdings nicht klar ist, wer ihre sozialen Träger sind. Ein solches Strukturmodell der Sicherheitskultur liefere gleichfalls Gefahr, geteilte Annahmen und Werte auf globaler Ebene, seien sie bellizistischer oder humanitärer Natur, zu verabsolutieren und ihre unterschiedliche politische Umsetzung zu vernachlässigen.

Eine Alternative besteht in einem kulturwissenschaftlichen Verständnis von Kultur als Diskurs oder Praxis. Nach Andreas Reckwitz zielt das kulturwissenschaftliche Forschungsprogramm darauf ab, »die impliziten, in der Regel nicht bewussten symbolischen Ordnungen, kulturellen Codes und Sinnhorizonte zu explizieren, die in unterschiedlichsten menschlichen Praktiken verschiedener Zeiten und Räume zum Ausdruck kommen und diese ermöglichen« (Reckwitz 2008: 17). Dadurch werde die Kontingenz sozialer Praktiken, d.h. ihre Nicht-Notwendigkeit und ihre Historizität sichtbar. Das scheint insbesondere für die Sicherheitsforschung notwendig zu sein, denn in keinem anderen Politikfeld wird so nachdrücklich auf strukturelle Zwänge, zwingende Gründe und die Alternativlosigkeit politischer Optionen rekurriert wie hier. Gerade die »Kontingenzperspektive« (Reckwitz) der Kulturwissenschaft könnte demnach eine Alternative zum Determinismus traditioneller sicherheitspolitischer Theorien bieten.

Dabei bietet sich ein bedeutungsorientierter Kulturbegriff an, der unterschiedliche disziplinäre Kontexte integrieren könnte. Kultur besteht demnach nicht aus einer Menge spezifischer Werte und Normen, die gleichsam als unabhängige Variablen wirken und bestimmte Handlungen hervorrufen oder verhindern. Vielmehr stellt Kultur ein Bedeutungssystem dar, in dem Handlungen überhaupt erst Sinn und Bedeutung erfahren und Akteure überhaupt erst Präferenzen und Strategien ausprägen. In der kulturtheoretischen Diskussion der letzten Jahre identifiziert Reckwitz vor allem zwei Alternativen, wie ein solches Kulturverständnis umgesetzt und für die Forschung fruchtbar gemacht werden kann, einen textualistischen und einen praxeologischen Ansatz (Reckwitz 2008: 41ff.). Der textualistische Ansatz versteht Kultur als Diskurs und konzentriert sich auf die Rekonstruktion der symbolischen Organisation von Wirklichkeit durch Sprache und Text. Dieser Ansatz kann sich auf die Arbeiten von so unterschiedlichen Autoren wie Michel Foucault, Jacques Derrida und Clifford Geertz berufen. Die Kopenhagener Schule um Ole Wæver würde in diese Kategorie der sicherheitspolitischen Kulturforschung fallen. Denn der Konzentration auf den Sprechakt der »Versicherheitlichung« entspricht ein Verständnis sozialer Wirklichkeit, das den Forschungsgegenstand auf sprachliche Kommunikation reduziert.

Dem gegenüber steht der praxistheoretische Ansatz, der von Kultur als einem Set sozialer Praktiken ausgeht. Hier geht es nicht nur um Sprache, sondern den »nexus of doings and sayings« (Schatzki 1996: 89), also die Umsetzung von kognitiven Schemata und diskursiven Codes in praktisches Wissen, Können und Tun (vgl. Reckwitz 2003: 289). Der praxistheoretische Ansatz kann sich auf Arbeiten von Pierre Bourdieu, Judith Butler und Charles Taylor berufen und ist, ohne den Begriff der Sicherheitskultur zu verwenden, auch in die sicherheitspolitische Forschung übersetzt worden (vgl. Daase 1999: 255–268; Hansen 2006; Pouillot 2008). Ein praxistheoretisches Verständnis würde folglich unter Sicherheitskultur diejenigen Werte, Diskurse und Praktiken fassen, die dem auf Erzeugung von Sicherheit und Reduzierung von Unsicherheit gerichteten sozialen Handeln individueller und kollektiver Akteure Sinn und Bedeutung geben. Wie gesagt ist damit keine identifizierbare Variable gemeint, sondern ein Arrangement ineinandergreifenden Faktoren, das je nach kulturtheoretischer Perspektive und sicherheitspolitischer Fragestellung unterschiedlich analysiert werden kann. Das bedeutet allerdings nicht, dass kausales Erklären ausgeschlossen ist. Dass veränderte politische Praktiken (z.B. humanitärer Interventionen) ursächlich für institutionellen Wandel (z.B. nationaler Souveränität) sein können, ist eine zentrale Erkenntnis sicherheitskultureller Forschung.

## Sicherheitskultur als Forschungsprogramm

Abschließend soll kurz skizziert werden, auf welche Weise die Forschung in unterschiedlichen Disziplinen zu einem integrativen Forschungsprogramm zur Sicherheitskultur beitragen kann. Dabei soll nur exemplarisch auf einige aktuelle Beiträge eingegangen werden, um die Kompatibilität deutlich zu machen, ohne die disziplinären Unterschiede zu nivellieren.

### Historisierung von Sicherheit

Der Begriff der Sicherheitskultur betont Kontingenz und Historizität. Damit wird die lange, insbesondere in der Disziplin Internationale Beziehungen verbreitete Ansicht bestritten, Sicherheit sei eine quasi natürliche Währung des Politischen. Wie sich das Sicherheitsdenken historisch entwickelt



hat und zur Differenzierung von Institutionen und Normen beitrug, ist etwa von Karl Härter analysiert worden (Härter 2003). Auch Eckart Conze macht den Sicherheitsbegriff zum Dreh- und Angelpunkt seiner Analysen und fordert eine Erneuerung der Zeitgeschichtsschreibung. Conze versteht Sicherheit als »umfassenden sozial-kulturellen Orientierungshorizont« (Conze 2005: 360), durch dessen Rekonstruktion eine »moderne Politikgeschichte« begründet werden könne, die sich absetzt von der »traditionellen, auf Staat und Regierung, auf Staats- und Regierungshandeln und auf Entscheidungen fixierte Politikgeschichte« (Conze 2005: 359).

Dabei spricht Conze nicht von ›Sicherheitskultur‹ sondern von ›Sicherheit als Kultur‹ und versteht damit Sicherheit als ›Systemvertrauen‹ im Sinne von Niklas Luhmann. Zwar operationalisiert Conze den Kulturbegriff nicht, deutet aber an, dass unter der Kulturperspektive »dem Staat und staatlichem Handeln eine eigene Bedeutung für den historischen Prozess« eingeräumt werden kann, »ohne dabei jedoch die Wirkmächtigkeit sozialer oder ökonomischer Strukturen zu unterschlagen« (Conze 2005: 359). Eine ähnliche Motivation liegt der politikwissenschaftlichen Verwendung des Kulturbegriffs zugrunde, wobei der geschichtswissenschaftliche Ansatz den Vorteil bietet, explizit über den Prozess sozialen Wandels Auskunft zu geben, »der mit historisch-gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnissen und dem damit korrespondierenden Sicherheitsbewusstsein eng verschränkt ist« (Conze: 2005: 361). Interessant und für die weitere interdisziplinäre Sicherheitsforschung wichtig wäre die Frage, ob mit dem Verständnis von ›Sicherheit als Kultur‹ eine Perspektive eröffnet wird, um nicht nur die nationale Geschichte einzelner Staaten, sondern auch die Geschichte von Regionen und Kontinenten oder sogar die Globalgeschichte der internationalen Gesellschaft neu zu interpretieren.

#### Sicherheitskultur und Recht

Ähnliche Impulse für eine interdisziplinäre Sicherheitsforschung können von der Rechtswissenschaft kommen. So hat Christoph Gusy Sicherheitskultur in Beziehung zu Sicherheitspolitik und Sicherheitsrecht gesetzt. Alle drei Funktionszusammenhänge seien zwar aufeinander bezogen, nicht aber linear voneinander ableitbar. Während Sicherheitspolitik die Findung, Rechtfertigung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Entscheidungen zur Sicherung eines Gemeinwesens sei, wäre das Sicherheitsrecht diejenige Menge von

Rechtsnormen, welche die Sicherheit kollektiver und individueller Güter durch Identifizierung, Einschätzung und Abwehr von Schäden zum Gegenstand hat. Sicherheitskultur bezeichnet Gusy demgegenüber als öffentliche Kommunikation über objektive Gefahren, subjektive Gefahrenwahrnehmung und die politischen und rechtlichen Maßnahmen, beide zu reduzieren und Sicherheit zu gewährleisten. Eine Kernfrage dabei sei das Verhältnis von ›objektiver‹ und ›subjektiver‹ Sicherheit und die Frage, in welchem Maße das Sicherheitsgefühl zum Maßstab für Sicherheitspolitik und Sicherheitsrecht werden dürfe.

Hintergrund ist die auch in anderen Disziplinen gemachte Beobachtung, dass sich objektive und subjektive Sicherheitslagen zwar verändern, aber nicht kongruent:

»Die ›objektive‹ Sicherheitslage ändert sich mit Veränderungen von Bedrohungs-, Gefahr- oder Risikolagen: Verschlechtert sich die Lage, verschlechtert sich die Sicherheit; verbessert sich jene, verbessert sich auch diese. Dies ist beim subjektiven Sicherheitsgefühl nicht notwendig der Fall; im Gegenteil: Es kann sogar zu gegenläufigen Entwicklungen kommen. Das Sicherheitsgefühl ist überaus komplex und insbesondere keine bloße Resultante der Sicherheitslage« (Gusy 2010: 116).

So wichtig das Befinden der Bevölkerung gerade für demokratische Staaten ist, so skeptisch muss man gegenüber der Verabsolutierung subjektiver Sicherheit sein: »Das Ziel, dass sich alle Menschen stets sicher fühlen, kann und darf kein zulässiges Ziel von Staat und Politik sein« (Gusy 2010: 117). Dem pflichten andere juristische Autoren bei: Weil sich ein »unmittelbarer Zusammenhang zwischen der realen Kriminalitätsentwicklung und der Angst, selbst Opfer von Straftaten zu werden, empirisch nicht nachweisen« lasse (Stolle 2011: 23), sei es verfehlt, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zur Zielgröße für die Sicherheitspolitik zu machen. Bleibt die Frage, was ›objektive Sicherheit‹ ist, wie sie gemessen wird und welche Bedeutung dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung legitimer Weise eingeräumt werden soll. Dies sind die Fragen, die im Feld der Sicherheitskultur verhandelt werden, einem Feld, das »primär privat, medien- und marktgeprägt ist«, in dem aber die »öffentliche Hand [...] berechtigt (ist), an Sicherheitsdiskursen teilzunehmen und so selbst an der Herstellung einer Sicherheitskultur mitzuwirken« (Gusy 2010: 125).

### Differenzierung und Entdifferenzierung durch Sicherheit

Ob es allerdings in einer kulturwissenschaftlichen Perspektive überhaupt sinnvoll ist, von ›objektiver‹ Sicherheit zu sprechen, kann man bezweifeln. Eher scheint es angemessen, auch die vermeintlich ›objektive‹ Sicherheit als gesellschaftliches Artefakt zu dekonstruieren und auf die spezifischen Praktiken des Wissenschaftssystem zurückzuführen. Nur so können unterschiedliche Sicherheits- und Risikowahrnehmungen nicht normativ als mehr oder weniger ›objektiv‹ oder ›rational‹ bewertet, sondern auf Grundlage der ihnen zugrundeliegenden Normen und Rationalitäten erklärt werden.

Ein dritter Impuls für die Sicherheitskulturforschung könnte demnach von den Sozialwissenschaften kommen, die traditionell soziale Differenzierungsprozesse in den Blick nehmen. Dass Sicherheit eine zentrale Wertidee moderner, arbeitsteiliger Gesellschaften ist, hat Franz-Xaver Kaufmann schon vor vierzig Jahren nachgewiesen; und vor Kurzem hat er noch einmal die Funktion von Sicherheit als »Leitbild beherrschbarer Komplexität« betont (Kaufmann 2003; vgl. auch Kaufmann 1973;). Wie Sicherheit und vor allem die Infragestellung von Sicherheit zur funktionalen Differenzierung nationaler Gesellschaften und zur segmentalen Differenzierung der Weltgesellschaft geführt hat, ist gleichermaßen historisch wie soziologisch interessant (Härter et al. 2010; Albert/Brock 2001). Denn sie lässt Rückschlüsse darauf zu, wie und unter welchen Bedingungen sich der institutionelle Wandel nationaler und internationaler Sicherheitsordnungen weiter entwickeln werden. Dabei sollten freilich auch die jüngeren Prozesse der Entdifferenzierung thematisiert werden (Tiryakian 1985), die offenbar insbesondere im Kontext sicherheitspolitischer Krisen stattfinden. Die Aufhebung traditioneller Grenzen zwischen Polizei und Militär in Friedensmissionen, die Infragestellung der Nonkombattanten-Immunität in der modernen Aufstandsbekämpfung oder die Versuche, ein spezifisches Feindrecht für die Terroristenbekämpfung zu entwickeln, sind Hinweise darauf, wie sich im Zuge des Wandels der Sicherheitskultur vormals differenzierte soziale Sphären und Institutionen entdifferenzieren und neue politische Realitäten geschaffen werden.

## Fazit

Sicherheitskultur, verstanden als die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen, die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll, bietet einen Rahmen, soziale und politische Wandlungsprozesse zu verstehen und zu erklären. Der kulturwissenschaftliche Ansatz vermeidet es dabei, Sicherheit als objektive Größe zu reifizieren oder in die Beliebigkeit sprachlicher Konstruktion zu verabschieden. Vielmehr wird die *Beziehung* von sprachlichen und symbolischen Repräsentationen und materialen und aktuellen Dimensionen der Sicherheit im Medium kultureller Praktiken erforschbar.

Wie der Wandel des Sicherheitsbegriffs die Erwartungen an die Sicherheitspolitik verändert, und wie die Forderung nach immer umfassenderen Schutzvorkehrungen institutionelle Praktiken und politische Strukturen verändern, sind nur zwei der sicherheitskulturell wichtigen Fragen, die hier angeschnitten worden sind. Andere Fragen werden vor jeweils anderen disziplinären Hintergründen gestellt: Fragen nach der historischen Entwicklung politischer Semantik oder nach der Relevanz der Sicherheitsgewährleistung für die Epocheneinteilung; Fragen nach dem Wandel des Sicherheitsrechts oder der institutionellen Kontrolle nationaler und internationaler Sicherheitspolitik. Sicherheitskultur könnte der gemeinsamen Fokus und die verbindende Begrifflichkeit sein, welche die interdisziplinäre Sicherheitsforschung zusammenhält.

## Literatur

- Albert, Mathias/Brock, Lothar* 2001: What Keeps Westphalia Together? Normative Differentiation in the Modern System of States, in: Albert, Mathias/Jacobson, David/Lapid, Yosef (Hrsg.): Identities, Borders, Orders. Rethinking International Relations Theory, Minneapolis, MN, 29–49.
- Allenby, Braden R.* 2000: Environmental Security. Concept and Implementation, in: International Political Science Review 21: 1, 5–22.
- Axworthy, Lloyd* 1997: Canada and Human Security. The Need for Leadership, in: International Journal 52: 2, 183–196.

- Conze, Werner* 1984: Art. Sicherheit, Schutz, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Kosselleck, Reinhart (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, Stuttgart, 831–862.
- Beck, Ulrich* 2007: Weltrisikogesellschaft, Frankfurt a. M.
- Bigo, Didier* 2007: Detention of foreigner, States of exception, and the social practices of control of the Banopticon, in: Rajaram, Prem Kumar/Grundy-Warr, Carl (Hrsg.): *Borderscapes: Hidden Geographies and Politics at Territory's Edge*, Minneapolis, MN, 3–34.
- Boli, John/Thomas, George M.* (Hrsg.) 1998: *World Polity Formation since 1875. World Culture and International Non-Governmental Organizations*, Stanford, CA.
- Booth, Ken* (Hrsg.) 2005: *Critical Security Studies and World Politics*, Boulder, CO.
- Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Hrsg.) 2001: *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff*, Hamburg.
- Büttner, Thomas/Fahlbruch, Babette/Wilpert, Bernhard* 2000: *Sicherheitskultur. Konzepte und Analysemethoden*, Kröning 2007. Albert Kuhlmann, *Sicherheitskultur*, Köln.
- Checkel, Jeffrey T.* 1998: The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: *World Politics* 50: 2, 324–348.
- Conze, Eckart* 2005: Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer ›modernen Politikgeschichte‹ der Bundesrepublik Deutschland, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 53: 3, 357–380.
- Daase, Christopher* 1991: Der erweiterte Sicherheitsbegriff und die Diversifizierung amerikanischer Sicherheitsinteressen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 32: 3, 425–451.
- Daase, Christopher* 1999: *Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationalen Beziehungen verändert*, Baden-Baden.
- Daase, Christopher* 2002: Internationale Risikopolitik. Ein Forschungsprogramm für den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel, in: Daase, Christopher/Feske, Susanne/Peters, Ingo (Hrsg.): *Internationale Risikopolitik*, Baden-Baden, 9–35.
- Daase, Christopher* 2010a: National, Societal, and Human Security: On the Transformation of Political Language, in: *Historical Social Research* 35: 4, 22–37.
- Daase, Christopher* 2010b: Wandel der Sicherheitskultur, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 50, 9–16.
- Daase, Christopher/Kessler, Oliver* 2007: Knowns and Unknowns in the War on Terror. Uncertainty and the Political Construction of Danger, in: *Security Dialogue* 38: 4, 411–436.
- Debiel, Tobias/Werthes, Sascha* 2005: Human Security – Vom politischen Leitbild zum integralen Baustein eines neuen Sicherheitskonzeptes?, in: *Sicherheit und Frieden* 23: 1, 20–25.
- Finnemore, Martha* 1996: Norms, Culture, and World Politics: Insights from Sociology's Institutionalism, in: *International Organization* 50: 2, 325–347.

- Gariup, Monica* 2009: *European Security Culture. Language, Theory, Policy*, Farnham.
- Gray, Colin S.* 1999: Strategic Culture as Context: The First Generation of Theory Strikes Back, in: *Review of International Studies* 25: 1, 49–69.
- Gusy, Christoph* 2004: Die Vernetzung innerer und äußerer Sicherheitsinstitutionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Herausforderung Terrorismus. Die Zukunft der Sicherheit*, Wiesbaden, 197–220.
- Gusy, Christoph* 2010: Sicherheitskultur – Sicherheitspolitik – Sicherheitsrecht, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 93: 2, 111–128.
- Haglund, David G.* 2011: ›Let's Call the Whole Thing Off? Security Culture as Strategic Culture, in: *Contemporary Security Policy* 32, 3.
- Hansen, Lene* 2006: *Security as Practice. Discourse Analysis and the Bosnian War*, London.
- Härter, Karl* 2003: Sicherheit und Frieden im frühneuzeitlichen Alten Reich. Zur Funktion der Reichsverfassung als Sicherheits- und Friedensordnung 1648–1806, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 30: 1/4, 413–431.
- Härter, Karl/Sälter, Gerhard/Wiebel, Eva* (Hrsg.) 2010: *Repräsentationen von Kriminalität und öffentlicher Sicherheit. Bilder, Vorstellungen und Diskurse vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M.
- Herz, John H.* 1950: Idealist Internationalism and the Security Dilemma, in: *World Politics* 2: 2, 157–180.
- Huntington, Samuel* 1993: The Clash of Civilizations, in: *Foreign Affairs* 72: 3, 22–49.
- IAEA* 1986: *International Nuclear Safety Advisory Group: Summary Report on the Post-Accident Review Meeting on the Chernobyl Accident*, Safety Series No. 75-INSAG-1, Vienna.
- Jepperson, Ronald L./Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter J.* 1996: Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *Culture and National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York, NY, 33–75.
- Johnston, Alastair Iain* 1995: Thinking about Strategic Culture, in: *International Security* 19: 1, 32–64.
- Johnston, Alastair Iain* 1998: *Cultural Realism. Strategic Culture and Grand Strategy in Chinese History*, Princeton, N.J.
- Junk, Julian* 2011: Globale Sicherheitskultur und die ›Responsibility to Protect‹, in: *Sicherheit und Frieden* 29: 2, 95–102.
- Katzenstein, Peter* (Hrsg.) 1996: *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York, NY.
- Kaufmann, Franz-Xaver* 1973: *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften* (2. Auflage), Stuttgart.

- Kaufmann, Franz-Xaver* 2003: Sicherheit: Das Leitbild beherrschbarer Komplexität, in: Lessenich, Stephan (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt a. M./New York, NY, 73–104.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S.* 1977: Power and Interdependence. World Politics in Transition, Boston, MA.
- Kier, Elizabeth* 1996: Culture and French Military Doctrine Before World War II, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York, NY.
- Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich* (Hrsg.) 1997: The Return of Culture and Identity in IR Theory, Boulder, CO.
- Linklater, Andrew* 1998: The Transformation of Political Community. Ethical Foundations of the Post-Westphalian Era, Cambridge.
- Mandelbaum, Michael* 1988: The Fate of Nations. The Search for National Security in the Nineteenth and Twentieth Centuries, Cambridge.
- Meyer, John* 1999: Changing Cultural Content of Nation-States, The: A World Society Perspective, in: Steinmetz, George (Hrsg.): State/Culture. State-Formation after the Cultural Turn, Ithaca, NY, 123–143.
- Pogge, Thomas* 2001: Global Justice, Malden, MA.
- Poore, Stuart* 2003: What is the Context? A Reply to the Gray-Johnston Debate on Strategic Culture, in: Review of International Studies 29: 2, 279–284.
- Pouliot, Vincent* 2008: The Logic of Practicality. A Theory of Practice of Security Communities, in: International Organization 62: 2, 257–288.
- Rauer, Valentin* 2011: Von der Schuldkultur zur Sicherheitskultur. Eine begriffsgeschichtliche Analyse 1986–2010, in: Sicherheit und Frieden 29: 2, 66–72.
- Reckwitz, Andreas* 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie 32: 4, 282–301.
- Reckwitz, Andreas* 2008: Die Kontingenzzperspektive der »Kultur«. Kulturbegriffe, Kulturtheorien und das kulturwissenschaftliche Forschungsprogramm, in: Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Unscharfe Grenzen. Perspektiven der Kulturosoziologie, Bielefeld, 15–45.
- Renner, Michael* 1989: National Security: The Economic and Environmental Dimensions, Washington, DC.
- Risse-Kappen, Thomas* 1991: Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: World Politics 43: 4, 479–512.
- Schatzki, Theodore R.* 1996: Social Practices: A Wittgensteinian Approach to Human Activity and the Social, New York, NY.
- Schrimm-Heins, Andrea* 1990: Gewissheit und Sicherheit. Geschichte und Bedeutungswandels der Begriffe certitudo und securitas, Bayreuth.
- Snyder, Jack* 1973: The Soviet Strategic Culture: Implementation for Nuclear Options, in: R-2154-AF, Rand Corporation, Santa Monica, CA.
- Sperling, James* 2010: National Security Cultures, Technologies of Public Goods Supply and Security Governance, in: Kirchner, Emil J./Sperling, James (Hrsg.): National Security Cultures. Patterns of Global Governance, Milton Park, 1–18.

- Stein-Kaempfe, Jacqueline* 2008: Human Security – Völkerrechtliche Aspekte eines internationalen Sicherheitskonzeptes zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Berlin.
- Stockholm Initiative* 1991: The Stockholm Initiative on Global Security and Governance, Prime Minister's Office.
- Stolle, Peer* 2011: Das (Un-)Sicherheitsgefühl – ein untauglicher Begründungszusammenhang für eine Politik der Inneren Sicherheit, in: *Kritische Justiz* 44: 1, 16–24.
- Tiryakian, Edward A.* 1985: On the Significance of Dedifferentiation, in: Helle, Host Jürgen/Eisenstadt, Shmuel N. (Hrsg.): *Perspectives on Macro-Sociological Theory*, London, 118–134.
- Walt, Stephen M.* 1987: *The Origins of Alliances*, Ithaca, NY.
- Waltz, Kenneth N.* 1979: *Theory of International Politics*, NY.
- Wæver, Ole* 1993: Societal Security: The Concept, in: Wæver, Ole/Buzan, Barry/Kelstrup, Morten/Lemaitre, Pierre (Hrsg.): *Identity, Migration and the New Security Agenda in Europe*, London, 17–40.
- Wæver, Ole* 1995: Securitization and Desecuritization, in: Lipschutz, Ronnie (Hrsg.): *On Security*, New York, N.Y., 46–86.
- Wæver, Ole* 2008: Peace and Security: Two Evolving Concepts and Their Changing Relationship, in: *Globalization and Environmental Challenges (Hexagon Series on Human and Environmental Security and Peace)* 3: 2, 99–111.
- Weldes, Jutta/Laffey, Mark/Gusterson, Hugh/Duwall, Raymond* 1999: Introduction: Constructing Insecurity, in: Weldes, Jutta/Laffey, Mark/Gusterson, Hugh/Duwall, Raymond (Hrsg.): *Cultures of Insecurity. States, Communities, and the Production of Danger*, Minneapolis, MN, 1–33.
- Werkner, Ines-Jacqueline* 2010: Die Verflechtung innerer und äußerer Sicherheit. Aktuelle Tendenzen in Deutschland im Lichte europäischer Entwicklungen, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 4: 1, 65–87.
- Wheeler, Nicholas J.* 2000: *Saving Strangers. Humanitarian Intervention in International Society*, Oxford.
- Williams, Michael C.* 1998: *Civil-Military Relations and Peacekeeping*. London/ Oxford.
- Zwierlein, Cornel* 2012: Grenzen der Versicherbarkeit als Epochenindikatoren? Von der europäischen Sattelzeit zur Globalisierung des 19. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft*, i.E.